

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.35 Reichsmark, für außerorts 0.40 Reichsmark. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 29 mm breit, kostet 2.00 Reichsmark, für außerorts 2.50 Reichsmark. — Für Briefgeschäfte für Buchstabenangabe beträgt 0.30 Reichsmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Sonderrate nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-M., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postleitzahl: Dresden 2060
Rechtswirksame Einsendungen (ohne Rückporto) werden weiter urkundlich nach aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben wirre Besitzer keinen Anspruch auf Auslieferung oder Erhaltung des entsprechenden Untergangs.

Nr. 178

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Auslieferung durch 2 R. Mark
Postbezug für Monat August 2.00 Reichsmark für die Inlands-Gesandtschaft
monatlich 2 R. 25. Kreisverbindungen im Inlande wöchentlich
1.5 Reichsmark, nach dem Einzelnummer 10 R. Pfennig

Dienstag, 2. August 1922

XXXV. Jahrg.

Bertagung in Genf

Leichter Versuch, das Gesicht zu wahren. — Neue Wendung in der rumänischen Thronfolgefrage

Eine politische „Sicherungsflasche“

Konferenz Baldwin—Coolidge?

Telegramm unseres Korrespondenten

R. London, 1. August

Die für Montag nachmittag angelegte entscheidende Vollsitzung der Abstimmungskonferenz in Genf ist auf amerikanischen Wunsch verschoben worden. In London sieht man darin teilweise eine schwache Möglichkeit, die Konferenz in zölliger Stunde noch zu retten. Höher ist jedoch noch nicht zu erkennen, auf welcher Linie sich ein Kompromiß zwischen dem englischen und amerikanischen Standpunkt bewegen könnte. Zu dem in der Presse gemachten Vorschlag einer Zusammenkunft Baldwinds mit dem Präsidenten Coolidge wird heute eine Erklärung Baldwinds bekannt, daß er nicht die Wünsche habe, während seines Aufenthalts in Genf mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zusammenzutreffen. Die Unterstüzung, die der Vorsitz in der gesamten englischen Presse gefunden hat, ist jedoch so stark, daß eine Aenderung des Standpunktes Baldwinds nicht ausgeschlossen erscheint.

*

Es handelt sich jetzt natürlich kaum mehr darum, an einer wirklichen Einigung in leichter Stunde zu kommen, sondern die Bestrebungen der verschiedenen Länder sind lediglich darauf gerichtet, nach Möglichkeit wenigstens, daß Gesicht zu wahren und den Ansehen eines allzu kläglichen Flaschenbaus ihrer Bemühungen zu vermeiden. Sowohl von London wie auch von Washington aus führt man zur Zeit einen erbitterten Kampf, um von dem eigenen Lande das Odium für den Abbruch der Verhandlungen zu nehmen und es möglichst auf das andre zu wälzen. Das ist wohl auch der Sinn jener „Sicherungsflasche“, die Schlesier vom amerikanischen Marineministerium gestern in Vorschlag gebracht wurde. Diese arg verflautierte Zusatzklausel hat folgenden Wortlaut:

„Im Falle, daß vor dem 31. Dezember 1922 eine der vertragsschließenden Parteien zu der Auffassung käme, daß die in der Klasse der Kreuzer zugelässtige Tonnage von einer andern Partei derzeit nicht verwendet würde, daß die Notwendigkeit der Richtigstellung der Gesamttonnage dieser Klasse gegeben wäre, kann diese Partei jederzeit nach dem 31. Januar 1923 und mit Aussicht einer sechsmonatigen Frist eine Konferenz der Mächte einberufen zur Untersuchung der Frage, ob die Richtigstellung durch gegenseitige Abmachung herbeiführt werden kann. Im Falle, daß eine Richtigstellung nicht möglich wäre, kann von jeder vertragsschließenden Partei die Aufhebung der Konvention verlangt werden. Die Mobilisierung soll in dem auf den Empfang durch die andern Signatarmächte folgenden Jahr ausgeführt werden. Unter diesen Bedingungen würde der Bericht unter den andern Parteien ebenfalls zu Ende gehen.“

Schon der bloße Vorschlag einer solchen Formel beweist auf jeden Fall ein außerordentlich geringes Vertrauen in die Vertragstreue des Verhandlungspartners, das heißt in diesem Falle vor allem England. Wie bekannt, hätte man sich in Genf über den Umsatz der Gesamttonnage, das heißt um die formale Flottengleichheit zwischen Amerika und England verhältnismäßig rasch einigen können. Worauf es ankommt — und darauf steht ja auch die amerikanische Zusatzklausel ab —, ist die Ausübung der Baumöglichkeiten innerhalb dieser formalen Gesamttonnage, und in diesem Punkte war, wie bekannt, keine Einigung zwischen Amerika und England zu erreichen, über die Zahl

der schweren und die Zahl der leichten Kreuzer und ihre Bewaffnung. Ob der Vorschlag Annahme findet, ist zur Zeit noch ungewiß. Man ist etwas skeptisch, denn eigentlich ist diese neue amerikanische Proposition gar nicht neu. Sie wurde bereits den britischen Delegierten mehrere Tage vor ihrer Abreise nach London unterbreitet und von ihnen schon damals wenig günstig aufgenommen. Trotzdem haben ihn die Amerikaner dann am Donnerstag auch noch formell eingebrochen, und dies scheint auch der Grund jener überraschenden englischen Kabinettssitzung am Freitag nachmittag, nachdem eigentlich schon das politische Nachtmahl begonnen hatte, gewesen zu sein. Die Aussicht auf Zustimmung besteht also vorläufig noch nicht, und das Schicksal der Konferenz bleibt noch wie vor in der Schwere.

Coolidge hofft noch immer

Sonderabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

London, 1. August (Durch United Press). Präsident Coolidge lädt erklären, er habe den Bericht des Führers der amerikanischen Delegation in Genf, Gibson, erhalten und sei völlig mit dessen Haltung einverstanden. In dem Bericht kommt, wie verlautet, klar zum Ausdruck, daß Gibson den Standpunkt vertreten hat, daß die Vereinigten Staaten seinem Vorschlag zustimmen, der eine Vergleichung der bestehenden Kriegsflotten zur Folge hätte. Anderseits wird in dem Bericht vermeidet, einer der beiden andern auf der Konferenz vertretenen Mächte die Schuld an dem drohenden Abbruch anzuschreiben. Präsident Coolidge wünscht eine baldige und reizlose Klärung der Lage, damit das amerikanische Publikum die Gründe erfaßt, warum die versprochenen Sicherheitsgarantien nicht einztreten können. Er drückt auch seine Enttäuschung darüber aus, daß es der Konferenz auf Grund der neuen Institutionen für die Delegierten nicht möglich war, an einer Einigung zu kommen. Amerika kann von seinen Grundsätzen nicht absehen, daß es in leichter Stunde doch noch zu einer Einigung kommt.

Was man in Paris sagt
Telegramm unseres Korrespondenten
R. Paris, 1. August

Die Verlogung der auf heute angelegten Vollsitzung der Flottenabstimmungskonferenz in Genf hat auch in Paris die Hoffnung auf das Zustandekommen eines Kompromisses etwas gebrochen. Man gibt sich allerdings mit Recht über den praktischen Wert einer solchen Kompromisslösung keinen großen Illusionen hin. Die vorgeschlagene Lösung, nämlich die Annahme einer Klausel, die jedem Unterzeichner die Möglichkeit gibt, seine Handlungsfreiheit zu wahren, wenn er „grundhafte Interessen seines Landes für gefährdet hält“, wird vom „Journal“ als äußerst unsicher bezeichnet. „Auf jeden Fall aber“, meint das Blatt, „beweist das Ereignis, daß England einen wichtigen Erfolg erzielt hat dadurch, daß es sich energisch zeigte. Die Amerikaner seien nun zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die Verantwortlichkeit eines Misserfolges auf sie falle und daß ein gewaltiger Bruch Amerika in den Verdacht imperialistischer Tendenzen brächte.“

Der Fall Gacco—Bonzetti

X. Boston, 1. August. Da der Sohn des die Untersuchung im Falle Gacco—Bonzetti verantwortlichen Gouverneurs Fuller an Blinddarmentzündung erkrankt ist, wird der Bericht über den Fall wahrscheinlich noch nicht am Mittwoch erstattet werden. Die Entscheidung dürfte also verzögert werden.

Wohin treibt England?

Deutschland und der englisch-russische Konflikt — Das Buch Poliafs

Von unserem RF-Korrespondenten

London, Ende Juli

„Zwischen England und Rußland besteht Kriegsgefahr.“ Dieses Satz schreibt im gleichen Augenblick, wo Chamberlain und Tschischtschin offiziell ihre „verbindlichen“ Absichten versichern, ein Mann, der die ensten Beziehungen zu leitenden englischen Stellen unterhält, ja, der sogar nicht ohne Grund als das Sprachrohr des handelnden Unterstaatssekretärs im Foreign Office beschaut zu werden scheint. Es ist der bekannte Publizist „Augur“, der in der angehenden politischen Zeitschrift Englands, der „Morning Post Review“, seine — oder wenigen? — Politik fortlaufend betreibt und dem selbst die Spalten der offiziellen „Times“ bis in das Allerheiligste der ungeeigneten Weltarbeiter hinein öffneten. „Die Öffentlichkeit weiß nun“, schreibt Augur, „was einige Staatsmänner seitens genutzt haben, daß der Friede eine offizielle Fiktion ist.“

Und für diesen „Krieg“ gegen Moskau entwickelt Augur jetzt noch einmal seines Programms, das von den Offiziellen schon so oft mit feierlichen Verneinungen als Phantasterei der bösen kontinentalen Presse hingestellt worden ist: den Plan der Einigung Russlands durch die „Einheitsfront der europäischen Großmächte“. Wie wir schon am Vorabend des englisch-russischen Bruderkriegs mitteilen konnten, gilt den Kreisen, für die Augur spricht, die naturgegebene Neutralität Deutschlands als das wichtigste Hindernis auf dem Wege zu einer gemeinsamen Aktion der unter englischer Führung vereinigten Stützpunktion gegen den Bolschewismus. Nichts kann erreicht werden ohne die Mitarbeit Deutschlands“, erklärt Augur; „es muß eine konstruktive Politik eingeschlagen werden, um diese Mitarbeit zu sichern.“ Was unter einer „konstruktiven Politik“ gegen Deutschland zu verstehen ist, entwölft Augur in seinem soeben erschienenen Buch „Deutschland in Europa“. Das Buch (das bei Selwyn & Blount, London, erschienen ist) enthält in seinem größeren Teile die Ansage Augurs aus der „Morning Post Review“, über die wir bereits berichtet haben; darüber hinaus behandelt es vor allem die Zusammenhang zwischen den deutschen Reichskreisen und der russischen Politik und die „Sonderpolitik der Reichswehr“ in den Jahren nach dem Kappeneinsatz.

Deutschlands Stellung in Europa hängt infolge der östlichen Sympathien der „deutschen Reaktion“ wie zwischen Himmel und Erde, mit andern Worten zwischen Locarno und Rapallo. Augur geht so weit, zu sagen, daß der europäische Friede gefährdet sei, solange die Nachwirkungen der Verträge von Rapallo und Berlin“ sich über das Aufmaß Deutschlands in den Böller und der Verträge von Locarno führen mögen. Das Deutschland zu tun hat, um in die Gemeinschaft der europäischen Mächte, wie sie Augur sieht, endgültig aufgenommen zu werden, wird klar und deutlich gesagt: es muß die Verträge mit Rußland brechen.

Augur erzählt eine Geschichte von der Nachkriegspolitik der Alliierten: wie sie Deutschland konservierten, demütigten, als gescheitete Nation behandelten; wie sie den Versailler Vertrag, der seiner Ansicht nach gute Aussichten zu einer kontinentalen Stabilisierung enthielt, in einer Weise interpretierten, die Deutschland das Gefühl völliger Verlassenheit geben mußte. Der Gipfel der Torheit wurde erreicht, als die alliierte Politik, oder vielmehr das Gefühl einer ausschließenden Politik, den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo erwiderte. Zur Zeit der Konferenz von Genf erkannte man allgemein die Notwendigkeit einer Einigung Europas, aber es wurde nichts getan, um Deutschland, das durchaus zu einer solchen Gruppierung bereit war, zu gewinnen. Die Alliierten sind selber für die Annäherung zwischen Berlin und Moskau verantwortlich. Im Bewußtsein gefährlicher Isolation suchte Deutschland Anfechtung im Osten: Rußland bekam eine besondere Anziehungskraft für die Deutschen. Ihre kolonialen Besitzungen verloren und durch die verschiedenen Belästigungen bedrängt, hoffte Deutschland, in Rußland zu finden, was es anderwohl verloren hatte. Hugo Steinhaus, der Napoleon der deutschen Industrie, gab diesen Hoffnungen Ausdruck, als er die wirtschaftliche De-

mäne Deutschlands in der Zukunft mit den Worten beschrieb: von Leningrad bis Kamtschatka...

Der Gedankenaußenraum zwischen Wilhelmstraße und Kreml stand — noch Augur — in einer Reihe von mysteriösen „Abmachungen“ seinen Niederholen. Er zählt vier Punkte auf: 1. Deutschland darf sich vor seinem Eintritt in den Böller und eine Rückversicherung nach Osten durch den Berliner Vertrag. 2. In bezug auf Polen kamen die beiden Regierungen überein, daß keine von ihnen einen Vertrag mit Warschau abschließen würde, ohne die andere vorher zu konsultieren. 3. Die deutsche Diplomatie versicherte sich, die Sowjetunion in den baltischen Staaten zu unterstützen. 4. Die Regierungen gaben den Deeresleitungen freie Hand, sich über eine militärische Zusammenarbeit zu einigen. „Dieses Nebeneinander ähnelt den Abmachungen, die vor dem Weltkrieg zwischen England und Frankreich vorhanden waren; auch damals konnten die beiden Regierungen in voller Unrichtigkeit erklären, daß keine militärische Allianz bestete.“

* * *

Zwei volle Kapitel seines Buches widmet Augur der „Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee“. Er gibt nicht nur ausführlich die bekannten „Entwicklungen“ des „Moskauer Quadranten“ und eine Reihe anderer Veröffentlichungen über diese Frage wieder, sondern er behauptet auch — trotz der amtlichen deutschen Biderlegung —, daß die Reichswehr ihre Abmachungen mit der Roten Armee auch heute noch nicht abgekündigt habe. Wie die „Beweise“ aussehen, die Augur für seine Behauptungen vorbringt, sei an einem Beispiel erläutert: Unter den in der Sowjetbotschaft in Peking gesunden Dokumenten befand sich auch ein Schriftstück, das die Lieferung von „deutscher Kleinkanonmunition an die Kantoneien via Vladivostok bestandte. Dies nimmt Augur als Beweis, daß die Rote Armee entweder in Rußland in den neuen Patronenfabriken hergestellt wurde, die von deutschen Spezialisten neugegründet wurden, oder aber aus Deutschland im Transi durch Sibirien kamen.“ Nun weiß jedes Kind, daß bis vor einem Jahre noch bedeutende Mengen deutscher Waffen und Munition in den verschiedensten Teilen der Welt getrieben waren, die nach der Ablieferung an die Alliierten Entwicklungsabkommen in den Habs von Waffenliebhabern jeder Nationalität — worunter die chinesische Feuerwehr ausgeschlossen ist — übertragen. Diese Waffen sind während hin und her verschoben worden, ohne daß Deutschland damit etwas zu tun hatte. Das Teile davon den englisch-amerikanischen Händlern entgangen sind und infolgedessen, nach Übernahme nach Singapur nach Peking zu reisen, über Vladivostok nachanton geliefert wurden, berührt Deutschland nicht im mindesten.

* * *

Augur erörtert auch den „Preis“, den England für den deutsch-russischen Bruch zahlen würde, und er schenkt mit wahrhaft königlicher Weise: Rheinlandräumung, Befreiung der Rüstungsbegrenzungen, Revision des Dawes-Planes, Erlaubnis zum Anschluß Österreichs — nur der polnische Korridor müsse unbedingt stehen. Aber ist Augur König genug, um auch zu geben, was er zu versprechen wagt? Zwei Erörterungen der englischen Politik treffen sich in Augurs Buch: einmal der uralt Kampf mit Rußland, ganz wie es Augur sagt, nahelegt, Deutschland zu sich herüberzuleben — hier darf nicht übersehen werden, daß Chamberlain ebenso wie Bonaparte die englische Außenpolitik ist, wie es Frankreich in Frankreich ist. Die Möglichkeit ist nicht ganz auszuschließen, daß der Regierung Baldwin für eine kurze Periode eine noch ausgesetzte Regierung folgen könnte, unter der gewisse Kräfte, die heute im Hintergrunde stehen, sehr viel mehr Macht erhalten, als sie heute schon hinter Chamberlain befinden.

Die zweite Erörterung, die wir meinen, ist der überraschend große Einfluß der russischen Emigranten auf die Außenpolitik Englands. Augur selber, dessen wirklicher Name Poliafs lautet, ist ein Russe, und als solcher voll von persönlichen Zielen, die nur zeitweilig